

ENERGIE

Schavan stellt Fusionsreaktor in Frage

Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) geht angesichts explodierender Kosten auf Distanz zum geplanten internationalen Kernfusionsreaktor „Iter“. Kurz vor dem Treffen der EU-Forschungsminister verschärft Schavan ihre Kritik daran, dass die EU-Kommission nun von Deutschland statt der ursprünglich vereinbarten 540 Millionen Euro mehr als eine Milliarde Euro für das internationale Großprojekt in Südfrankreich erwartet. Die Bundesregierung fordert nun von der EU-Kommission ein neues Finanzierungskonzept für den „Iter“. Auch eine Überarbeitung des Reaktordesigns könne erforderlich werden. Das könnte zum Beispiel bedeuten, dass das Projekt deutlich kleiner ausfallen muss als derzeit geplant. Die Bundesregierung stehe weiter zur



Bauteil für Fusionsreaktor „Iter“

Fusionsforschung, um sich für die Energieversorgung möglichst viele Optionen offenzuhalten. „Das gilt aber nicht um jeden Preis“, sagt Schavan. Vor kurzem wurde bekannt, dass die Kosten allein für den europäischen Anteil an dem Projekt um mehr als das Zweieinhalbfache auf 7,2 Milliarden Euro steigen.



Bischof Fellay mit Gläubigen in der Schweiz

PIUSBRÜDER

Homosexuelle Priester verhindern

Die erzkonservative Piusbruderschaft nutzt die Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche, um ihre ablehnende Haltung zur Homosexualität zu untermauern. Die Betroffenen seien „nahezu ausschließlich Jungen im geschlechtsreifen Alter“ gewesen, befindet der Generalobere der Bruderschaft, Bischof Bernard Fellay. Das zeige deutlich, dass nicht der vieldiskutierte Zölibat das Problem der Kirche sei, sondern die Homosexualität. „Will man Missbrauch verhindern, muss man Homosexuelle vom Priestertum fernhalten“, fordert Fellay. Die umstrit-

tene Bruderschaft, die durch den Holocaust-Leugner Richard Williamson weltweit für Schlagzeilen sorgte und derzeit mit dem Vatikan über die vollständige Anerkennung verhandelt, distanziert sich zudem mit scharfen Worten vom Münchner Kirchentag. Dieser sei eine „Anti-Ratzinger-Veranstaltung“ gewesen und zeige, dass das „geistige Fundament der deutschen Amtskirche“ nicht mehr trage. „Sich dem Mainstream anzubiedern mag kurzfristig Applaus bringen“, so Fellay, zerstöre aber die Botschaft des Evangeliums.

FAMILIENPOLITIK

Mehr Geld für Schröder

Im Kampf um ihren Haushalt hat Familienministerin Kristina Schröder (CDU) einen kleinen Erfolg errungen. Die Ressortchefin darf einen Teil des Geldes behalten, das durch die Verkürzung des Zivildienstes von neun auf sechs Monate in ihrem Etat frei wird. Etwa 180 Millionen Euro wird das Ministerium an Ausgaben sparen, weil zukünftig zum Beispiel weniger Kosten für den Sold der Zivis anfallen. Von dem Betrag hat sich Schröder etwa 35 Millionen gesichert, um damit freiwillige soziale Dienste zu finanzieren. Den Rest des Geldes will das Ministerium als Verhandlungsmasse im Ringen um weitere Sparmaßnahmen einsetzen.



Schröder

MARC STEFFEN UNGER